

21.11.2020

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Hochschulgemeinden (AKH) zur aktuellen Geflüchtetenpolitik der EU

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der tragischen Situation Geflüchteter auf dem Weg in eine sichere Zukunft sieht sich die AKH als Vertreterin christlicher Grundwerte und Menschenrechte verpflichtet, auf diese Missstände aufmerksam zu machen und an die Verantwortlichen zu appellieren, dass eine menschenwürdige Politik für Geflüchtete notwendig und unabdingbar ist.

Die Delegiertenversammlung der AKH gibt dazu folgende Stellungnahme ab:

In den vergangenen Monaten, aber auch schon Jahren wurde immer wieder deutlich: Deutschland, die EU und Europa versagen. Die Menschenrechte werden nichtig gemacht. Anstatt einander verlässliche Hilfe zukommen zu lassen, werden Menschen, die, wenn sie überhaupt das europäische Festland erreichen und hoffen, endlich in Sicherheit zu sein, in unmenschlichen Lagern untergebracht und nur, wenn sie „Glück“ haben, mit dem Nötigsten versorgt. Auf Lesbos hat sich die Situation in den vergangenen Monaten immer weiter zugespitzt: Brände, Überschwemmungen, Krankheiten, unzureichende Versorgung mit den so dringend benötigten Hilfsgütern, nicht zuletzt auch die drohende Gefahr der Ausbreitung von Covid-19. Zusätzlich werden auf dem Mittelmeer Menschen daran gehindert, Menschen aus der Seenot zu retten. Hilfe wird verhindert und das Sterben stillschweigend akzeptiert.

Europa schaut zu, Deutschland schaut zu.

In den Städten und Gemeinden ist die Solidarität groß, Menschen aus den Flüchtlingslagern aufzunehmen. Doch die Bundes- und Länderregierungen verhindern diese menschliche Solidarität, verhindern, dass Menschen - Kinder, Mütter, Väter, Tanten, Onkel, Großeltern, Freund:innen, Nachbar:innen - ein sicheres Leben bekommen können. Sie verhindern, dass Menschen leben können.

Dagegen steht die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Seit 72 Jahren bildet diese Erklärung die Grundlage unseres menschlichen Zusammenlebens und nicht nur Deutschland hat sich dieser verpflichtet.

Doch anstatt die „angeborene Würde“ und die „gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen“ (Präambel) anzuerkennen, flüchtet sich die Staatengemeinschaft in Einzelkämpfertum und Unterdrückung, in Egoismus und angeblichen Selbstschutz.

Dem können und wollen wir als Menschen nicht schweigend zuschauen.

Wir erwarten eine menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten und eine Einhaltung der Menschenrechte und moralischen Grundüberzeugungen in der EU.

Eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung ist die Grundlage der Anerkennung von Menschenwürde. Die Einhaltung der Menschenrechte geht aus dem Mensch-Sein jedes Einzelnen hervor. Denn „alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ (Artikel 1 der Menschenrechtserklärung). Durch den Reichtum der europäischen Staaten gegenüber einem großen Teil der Weltgemeinschaft entsteht ein Missverhältnis, das sich in den Geflüchtetenlagern in fehlender Würde und Rechten äußert, doch sind diese Rechte unabhängig von Macht und Geld.

Dem können und wollen wir als Christ:innen nicht schweigend zuschauen.

Durch den christlichen Glauben ist der Gedanke der Nächstenliebe grundlegend für ein gemeinschaftliches Zusammenleben. Wenn in der Gesellschaft wegschauen anerkannter ist als hinschauen und helfen, sind nicht zuletzt die christlichen Grundwerte des Miteinanders gefährdet. Die katholische Sozialethik stellt mit dem Solidaritätsprinzip das Person-Sein in den Mittelpunkt, wodurch wesensmäßig alle Menschen gleich sind. Dadurch sind Menschen sich gegenseitig zur Anerkennung der Menschenwürde verpflichtet.

Dem können und wollen wir als katholische Organisation nicht schweigend zuschauen.

Gemeinsam mit unseren Mitgläubenden und den Kirchen stellen wir uns gegen jede Art der Verunglimpfung der Menschenwürde. Es muss immer wieder betont werden, dass Menschen ein Recht auf die Menschenwürde und -rechte haben, dass sie sich diese nicht verdienen müssen. „Kirchenasyle [können an dieser Stelle] einen Beitrag dazu leisten, das oberste Ziel des Rechts zu verwirklichen: den Schutz der Menschenwürde“ (Kardinal Marx, 2014). Wenn Menschen ihre Rechte nicht zugestanden werden, ist es unsere Pflicht, dafür einzutreten, dass sich dies ändert. Dabei sollte das Asylrecht immer die Möglichkeit bieten, für die Gerechtigkeit einzutreten und Menschen vor dem Hintergrund der Basis unserer Gesellschaft - den Menschenrechten und der Menschenwürde aller Menschen - vor der Ungerechtigkeit eines Rechtsstaats zu schützen, der die eigenen Interessen vor den Menschen stellt und den Menschen und sein Recht auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit dahinter vergisst. Die Kirche muss „immer dort mahnend ein[...]greifen, wo Rechte von Menschen verletzt sind“ (Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, 1997). So ist es an uns als kirchliche Organisation, uns mit allen Kirchen gemeinsam gegen die ungerechte Behandlung Geflüchteter zu stellen und uns dafür einzusetzen, auf eine schnelle Änderung der Geflüchtetenpolitik zugunsten der Menschenrechte Geflüchteter zu pochen.

Wir fordern sichere Fluchtwege,

sodass kein Mensch den Tod fürchten muss, weil die „Festung Europa“ unerreichbar ist und Rettungsmanöver verhindert werden. Traumatisierungen, Missbrauch und schwere körperliche Beeinträchtigungen sind vermeidbar, wenn sichere Möglichkeiten zur Asylbeantragung bestehen. (Campusasyl)

Wir fordern den Schutz des Lebens und der Menschenwürde,

denn als Christ:innen und Menschen ist es unsere Pflicht, das Leben und die Würde aller Menschen als höchste Priorität anzusehen. Seenotrettung ist kein Verbrechen. Menschenwürdige Unterbringung in Lagern mit Ausstattung und Versorgung ist die Basis eines Zugeständnisses des Mensch-Seins.

Wir fordern internationale Solidarität und ein gesamteuropäisches Verfahren,

welches die Menschenwürde an oberster Stelle respektiert und verhindert, dass Menschen objektiviert werden. Es braucht eine europäische Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Staaten, um Überlastung und dadurch fehlende Umsetzung der Menschenrechte zu verhindern. Daraus resultiert die dringende Notwendigkeit menschenwürdiger Aufnahmeverfahren, die sich vom Sachleistungsprinzip abkehren und Fairness sowie Individualität in den Mittelpunkt stellen.

Wir fordern bessere Möglichkeiten der Integration,

um die Zusammenarbeit auf Gemeinde- und Städteebene zu erleichtern und Einzelpersonen zu entlasten. Menschen müssen schnelle und angemessene Bildungs- und Arbeits-, sowie Wohnmöglichkeiten bekommen, um als Individuum in einer Gesellschaft ankommen zu können. Dabei sind individuelle Hintergründe unbedingt zu berücksichtigen, um jedem einzelnen Menschen gerecht zu werden.

Wir fordern daher Bundestag, Bundesregierung und Deutsche Bischofskonferenz auf, sich aktiv für eine menschenwürdige Unterbringung und eine vollumfassende Integration der Geflüchteten in Deutschland und der EU einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Delegiertenversammlung 2020 der AKH